

Salzburgs Grüne verkaufen jetzt den Naturschutz!

Das im Landtag beschlossene neue Naturschutzgesetz rechtfertigt finanzielle Ersatzleistungen für massive Eingriffe in die Natur. FPÖ-Landesobfrau Marlene Svazek kritisiert, dass die Grünen damit Naturschutz – und somit ihre Ideale und Wähler – wirtschaftlichen Interessen opfern.

S. 13



Foto: FPÖ Salzburg

Bürger sollen über CETA abstimmen!

FPÖ-Präsidentschaftskandidat Nobert Hofer hält an CETA-Volksentscheid fest

S. 2/3



Willkommen Islamisten, weg mit den Patrioten!

Die seltsame „Antifaschismus“-Deutung der SPÖ und ihres Kanzlers – S. 4/5

PARLAMENT

Almosen für Rentner

Als „unselige Almosendebatte“ bezeichnete FPÖ-Seniorensprecher Werner Neubauer die Zustimmung des Seniorenrates zu der Minimalerhöhung der Pensionen: „Das ist nicht einmal eine Inflationsabgeltung und damit eine reale Pensionskürzung!“

S. 6

AUSSENPOLITIK

Strom bald teurer?

Auf der einen Seite will Brüssel den Binnenmarkt vorantreiben, auf der anderen Seite will die EU den einzig bestehenden Strombinnenmarkt zwischen Deutschland und Österreich zerstören. Die Folge für die Stromkunden: 300 Millionen Euro Mehrkosten pro Jahr.

S. 8/9

WIEN

Jobs statt Sozialhilfe

Wiens FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus erteilte der Forderung der Grünen nach einer Erhöhung der Mindestsicherung eine Absage. Die Stadt Wien müsse zur Wirtschaftsbelebung, und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die Betriebe entlasten.

S. 11

MEDIEN

ORF verliert Zuseher

Nicht einmal mehr ein Drittel der Österreicher sah im vergangenen Oktober täglich Sendungen des ORF. Der Marktanteil von ORF 1 und ORF 2 ist bereits auf 30,6 Prozent abgestürzt. Am meisten profitiert hat davon der Privatsender „Servus TV“.

S. 14



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

In der Debatte um das Geschickere zum Freihandelsabkommen CETA sind zwei Meldungen ziemlich untergegangen.

So ist zum Einen die Zahl der Arbeitslosen im Oktober auf 411.951 gestiegen. Auf der Internetseite des ORF suchte man diese am Dienstag veröffentlichte Meldung am Abend vergeblich.

Viel wichtiger war natürlich die Meldung, dass die Republik 3,3 Millionen Euro aus dem Sonderpotopf zur Integration von Flüchtlingen für „mobile interkulturelle Teams“ einsetzen wird.

Was gerade passt

Zum anderen ist es eine Meldung über die geplante Zerschlagung eines funktionierenden Binnenmarktes durch eine EU-Agentur(!). Seit Jahren redet die EU einem Binnenmarkt für Strom das Wort, um Versorgungslücken zu decken und einen echten Wettbewerb zu ermöglichen – zugunsten der Konsumenten, weil dadurch der Preis sinkt.

Der deutsch-österreichische Binnenmarkt funktioniert seit 2002. Aber statt das Vorbild zu loben, wird es wegen nationaler Interessen in Polen und in Tschechien zerschlagen. Denen ist der Strompreis zu niedrig. Schuld daran ist die Öko-Energiewende in Deutschland, die mit ihren Windenergie-Überschüssen die Netze in Polen und Tschechien zum Glühen bringen, weil transnationale Stromleitungen fehlen, sowie das Interesse der Stromkonzerne an hohen Preisen.

Womit wir wieder bei CETA wären. Das gefällt den Konzernen, deshalb ist Brüssel so heftig dahinter. Ganz im Gegensatz zum Strombinnenmarkt. Der würde ja den Konsumenten nützen.

Nur Hofer garantiert CETA-V

FPÖ-Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer will CETA-Ratifizierung nur m

Wie schon SPÖ-Kanzler Christian Kern sind auch die Genossen in der belgischen Region Wallonien in die Knie gegangen und haben CETA ihre Zustimmung erteilt. Jetzt muss noch das Parlament in Österreich den Vertrag ratifizieren und der Bundespräsident das Gesetz dann unterzeichnen. Norbert Hofer will vorher ein Referendum.

Nach wie vor positionieren sich die Freiheitlichen als einzige Gegner des Freihandelsabkommens CETA zwischen der EU und Kanada. „Wir sprechen uns klar gegen die vorläufige Anwendung, den Abschluss und die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens CETA aus“, betonte FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache nach der Einigung in Brüssel.

Fragwürdige Zusatzklauseln

Dort haben sich am Freitag vergangener Woche die sozialdemokratische Regionalregierung Walloniens und die belgische Regierung auf einen „Kompromiss“ geeinigt, damit die feierliche Unterzeichnung des Vertrags noch am folgenden Sonntag über die Bühne gehen konnte.

Für HC Strache ändert das nichts an der kritischen Haltung der FPÖ, da die Rechtsverbindlichkeit der Zusatzklärung zu den besonders heiklen Themen wie den Schiedsgerichten in Frage stehe: „Denn sollte der CETA-Vertrag von allen Parlamenten der EU-Mitgliedsländer ratifiziert werden, dann sind die Zusatzklärungen, wie sie nun den Wallonen versprochen wurden, hinfällig, da sie nicht im Vertrag selbst stehen.“

Das bestätigte auch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in einem Interview mit dem „Standard“. Zu den angeblichen „Vertragsänderungen“ sagte er: „Das, was wir in mühseliger Kleinarbeit als Kommission mit den belgischen Partnern in die Wege geleitet haben, sind Präzisierungen, begriffliche Klarstellungen...“

Dass Brüssel auch in Zukunft nicht an eine Änderung der Machtfülle der EU-Kommission denkt, machte Juncker klar. Er könne sich bei Verträgen wie CETA oder TIPP lediglich „eine Vordebatte im Europäischen Parlament“ vorstellen, die Verträge an sich seien ausschließlich eine Aufgabe der Kommission.

Hofer für Volksabstimmung

Mit dem Brüsseler Ja zum Handelsabkommen CETA stehe zu befürchten, dass nun auch der österreichische Nationalrat mit Mehrheit dem nationalen Anteil des CETA-Vertrages zustimmen werde, betonte FPÖ-Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer unter Verweis auf die Debatte im Nationalrat vor zwei Wochen. „Auch wenn sich die Gewerkschaft derzeit noch gegen den Handelspakt ausspricht, so könnten österreichische Abge-



CETA ist unter Dach und Fach: Die EU-Donald Tusk (2.v.r.) und Ratsvorsitzend

ordnete ebenso unter Druck gesetzt werden wie jene des wallonischen Regionalparlaments“, befürchtete der FPÖ-Präsidentschaftskandidat und betonte einmal mehr: „CETA wird von meiner Unterschrift im kommenden Jahr abhängen.“

Juncker warnt vor Hofer

Wenn Brüssel den Handelspakt zudem als „Mission“ bezeichne, dann lasse das erahnen, dass bei diesem Abkommen nicht die Interessen der kleineren und mittleren Unternehmen im Vordergrund stünden, sondern ganz klar die der gro-



SPITZE FEDER Die klaren Prioritäten des SPÖ-Kanzlers.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Herbert Kickl
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73

BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

Volksabstimmung

nach einer Volksabstimmung unterschreiben



Spitze – Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker (l.), Ratspräsident Robert Fico (r.) – hat mit Kanadas Premier Justin Trudeau unterschrieben.

Ben Konzerne. „Ich hoffe, dass die Mehrheit der österreichischen Parlamentarier diesen Irrweg erkennt und einer endgültigen Anwendung eine Absage erteilt. Ich jedenfalls bin den Menschen in Österreich im Wort und werde – sollte ich zum Bundespräsidenten gewählt werden – unter diesen CETA-Vertrag meine Unterschrift nur nach einem positiven Bürgerentscheid setzen“, erneuerte Hofer sein Versprechen zu CETA.

Das ist beim EU-Kommissionspräsidenten nicht gut angekommen. Der sieht die Kritik an CETA in

erster Linie als Teil der „rechtspopulistischen Vereinfachungs- und Verführungsmaschine“ und zitierte dazu Bert Brecht: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ – Und diese Entwicklung mache ihm vor allem in Österreich Sorge, betonte Juncker: „In dem Maß allerdings, wo auch klassische politische Familien und ganze Regierungen die Populisten nachäffen, um die besseren Vereinfacher zu werden, ist das ein, wie ich finde, hochgefährlicher Trend, der sich langsam, aber sicher in die europäische Landschaft hineinfrisst.“

AUFSTEIGER



Der FPÖ-Abgeordnete **David LaSzar**, der die intensiven Kontakte und Beziehungen der Wiener SPÖ zur Islamistszene beobachtet und aufdeckt – und bisher vergeblich davor warnt, dass Wien mit Islamisten äußerst großzügig umgeht.

ABSTEIGER



ÖVP-Außenminister **Sebastian Kurz**, der in den Medien den Vorkämpfer gegen den Islamismus spielt, aber nichts dabei findet, Islamisten wie „Sheik“ Abdelfattah Mourou oder Mazen Kahel ein Einreisevisum auszustellen.

KURZ UND BÜNDIG



Qualität im Gesundheitsbereich

„Die von der Ärztekammer geäußerte Kritik an der zukünftigen Sicherstellung der Gesundheitsversorgung mit rund 200 Millionen Euro im Rahmen des Finanzausgleichs wird von der FPÖ unterstützt“, erklärte FPÖ-Gesundheitssprecherin Dagmar Belakowitsch-Jenewein (Bild). Denn die Kombination von „Primärgesundheitszentren“ und der von der SPÖ geforderten Abschaffung der freien Arztwahl laufe auf eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens und die Ausrottung der Freien Berufe in der Medizin hinaus.

Totengräber des Arbeitsmarkts

„Sozialminister Stöger negiert seit seinem Amtsantritt die vorherrschende Rekordarbeitslosigkeit mit derzeit knapp 412.000 Arbeitslosen. Mit dieser schon pathologischen Gleichgültigkeit mutiert der Minister immer mehr zum Totengräber der österreichischen Arbeitsmarktpolitik“, sagte FPÖ-Sozialsprecher Herbert Kickl anlässlich der Präsentation der aktuellen Rekordarbeitslosenzahlen in Österreich und forderte den Sozialminister auf, endlich aus seinem „Winterschlaf“ aufzuwachen und Gegenmaßnahmen zu setzen.



Anpassung der Mindestlöhne

ÖGB-Präsident Erich Foglar sprach sich am Wochenende für eine Erhöhung der Mindestsicherung auf 883 Euro aus. FPÖ-Bundesrat Bernhard Rösch (Bild) empfindet Foglars Forderung als Affront, denn rund 420.000 Vollzeitbeschäftigte in Österreich würden kaum mehr Lohn erhalten. „Die arbeitende Bevölkerung leistet einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft und muss daher auch entsprechend gewürdigt werden. Es muss endlich eine gerechte Anpassung der Mindestlöhne erfolgen – der Mindestlohn sollte doppelt so hoch wie die Mindestsicherung sein“, so Rösch.



BILD DER WOCHE Von wegen Politikverdrossenheit: Über 10.000 Besucher drängten am Nationalfeiertag ins Parlament.

Das war ein Kongress der ganz normalen Leute!

Herbert Kickl war bei dem massiv angefeindeten Kongress „Verteidiger Europas“ als einer von rund einem Dutzend Rednern geladen. Im NFZ-Interview spricht der FPÖ-Generalsekretär über seine Eindrücke und über die Mechanismen der Gegner.

Herr Generalsekretär, Sie haben vor jenen Menschen eine Rede gehalten, die im Vorfeld medial fast durchgängig als Rechtsextreme abgestempelt wurden. Was war ihr Eindruck?

Kickl: Was ich dort gesehen habe an Publikum, hat ganz und gar nicht dem entsprochen, was man in den Tagen davor in den Medien lesen durfte, wie bössartig die Leute seien, die sich in Linz treffen. Dort waren Menschen, die sich ihren Patriotismus und ihren Hausverstand nicht nehmen lassen. Menschen, für die die Europäische Union

im gegenwärtigen Zustand nicht das Paradies auf Erden ist und die sich nicht damit abfinden, dass man diesen Zustand gleichsetzt mit dem Ende der Geschichte. Kurz zusammengefasst, war es ein Kongress der ganz normalen Leute!

Kritisiert wurde auch, dass Mainstream-Medien nicht zugelassen waren. Wie stehen Sie zu dieser Entscheidung?

Kickl: Ich denke, die Journalisten müssen sich jetzt einmal selbst fragen, warum das so war und ob es nicht an ihrer eigenen tendenziösen Berichterstattung im Vorfeld liegen könnte. Ich bin von den Vertretern der Mainstream-Medien tages- und wochenlang mit immer derselben Frage konfrontiert worden: „Warum fahren Sie

denn nach Linz zu diesem schrecklichen Kongress?“ – Meine Antwort habe ich dort gegeben: „Ja, verdammt nochmal, warum denn nicht, liebe Dauerbetroffene?“

Tatsächlich ist die Veranstaltung in Linz ohne den vorhergesagten Extremismus über die Bühne gegangen. Nicht so die linke Gegendemo, bei der sich manche Teilnehmer offen zum Extremismus bekannt und auch Sachbeschädigungen begangen haben. Warum wird das in den Medien nicht ausgewogener berichtet?

„Ich lasse mir das freie Wort nicht verbieten.“

Kickl: Wir dürfen uns der Illusion nicht hingeben, dass wir irgendetwas tun können, das zur Änderung dieser Berichterstattung führt. Wir können machen, was wir wollen, und sie werden trotzdem die Nase rümpfen, weil ihnen unsere ideologische Einstellung nicht passt. Wenn die Linken etwas sind, dann sind sie resistent gegenüber Fakten. Ich denke dennoch keine Sekunde daran, dass ich in Zukunft vielleicht beim Herrn Öllinger von den Grünen oder beim Herrn Rauscher vom Standard oder gar beim Dokumentations-

archiv des österreichischen Widerstands anfragen werde, wo ich hinfahren darf. Ich werde mir das freie Wort und die freie Wahl meiner Auftrittsorte nicht verbieten lassen.



Freunde der SPÖ: In Linz dankte Kanzler Kern deklarierten Linksextremis

SPÖ hofiert Islamis

Während Kanzler Kern Demonstranten gegen „Ve

Massive Kritik – auch aus der SPÖ – löste die mittlerweile 27. „Palästina-Konferenz“ in Wien aus, für die die SPÖ-nahen Wiener Volkshochschulen ihr „Haus der Begegnung“ in Wien-Donaustadt zur Verfügung stellten. Kanzler Kern fand dafür keine mahnenden Worte und arbeitete sich lieber an den in Linz tagenden Patrioten ab.

In Linz hatte der „Verein für Meinungsfreiheit und unabhängige Publizistik“ erstmals zum Kongress „Verteidiger Europas“ geladen. Rund ein Dutzend hochkarätiger Referenten aus dem In- und Ausland gestalteten ein abwechslungsreiches Programm, dem in den Linzer Redoutensälen rund 600 Besucher folgten. Unter den Rednern befand sich auch FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl. Nicht zuletzt dieser Umstand rückte die Veranstaltung in den Fokus diverser linker Politiker und auch Medien, die – erfolglos – die Kündigung des mit dem Land Oberösterreich abgeschlossenen Mietvertrags forderten. Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) gab zu verstehen, dass ihm Meinungs- und Versammlungsfreiheit wichtiger seien als die politisch motivierte Ablehnung der Veranstaltung durch Rot-Grün.

Wenige Tage vor dem Kongress fühlte sich auch Bundeskanzler Christian Kern bemüßigt, die Veranstaltung zu diskreditieren und

den Gegendemonstranten schon im Vorhinein dafür zu danken, dass die deutlich machen würden, „dass für Rassismus und Antisemitismus in unserer Gesellschaft kein Platz ist“.

Beschädigte Fassaden

Bei wem sich Kern bedankt hatte, wurde am Samstagnachmittag deutlich. Mehrere Geschäftsleute klagten über beschädigte Fassaden. Ein Linzer Wirt postete Fotos seines beschmierten Lokals auf Facebook und schrieb dazu: „Ob ROT oder GRÜN, mit eurer Demokratieauffassung kann ich nicht leben.“ Um noch mehr Ausschreitungen zu verhindern, war ein 100.000 Euro teurer Polizei-Großeinsatz nötig. Beim Kongress „Verteidiger Europas“ hingegen blieben einige, selbstverständlich von linken „Aktivisten“ geworfene, „Stinkbomben“ im Vortragssaal der einzige Zwischenfall.

Am gleichen Tag in Wien wurde als Ehrengast der Palästina-Konferenz „Sheikh“ Abdelfattah Mourou,



ten, in Wien hofierte das „Rote Wien“ den islamistischen Politiker und „Sheik“ Mourou aus Tunesien.



POLITIK
ANALYSIERT

David Lasar
FPÖ-Nationalratsabgeordneter

Wenn SPÖ-Kanzler Christian Kern letzte Woche gemeint hat, dass „für Rassismus und Antisemitismus in unserer Gesellschaft kein Platz“ sei, dann hätte er diesen Appell nicht nach Linz, sondern gegenüber, ans Wiener Rathaus, an seine Parteigenossen, richten müssen.

SPÖ und Islamisten

Wieso erhielt „Sheik“ Abdelfattah Mourou, Mitbegründer der islamistischen, konservativen Ennahda-Partei Tunesiens, von Österreichs Bundesregierung ein Visum zur Einreise und vom rot-grünen Wien für sich und seine Anhänger auch noch den Festsaal einer Volkshochschule?

Wieso konnte die palästinensische Flugzeugentführerin Leila Khaled im Frühjahr unter stürmischem Applaus in Wien ein Bekenntnis zur „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP) abgeben, die auf der EU-Terrorliste aufscheint? Dass SPÖ-Staatssekretärin Muna Duzdar nur festhielt, dass nicht sie persönlich Frau Khaled eingeladen habe, wirft ein bezeichnendes Bild auf die Wiener Genossen.

Denn auch deren Verbindungsmann zur Islamischen Glaubensgemeinschaft, SPÖ-Gemeinderat Omar Al-Rawi, demonstrierte schon einmal gemeinsam mit Anhängern der radikalislamistischen Hamas in Wien, bei der es zu schweren antisemitischen Ausschreitungen gekommen ist. Al-Rawi hat laut „Kurier“ gegenüber einer ägyptischen Zeitung das neue Islamgesetz mit der „israelischen Aggression in Gaza“ verglichen.

Wer solche (Partei-)Freunde hat, Herr Bundeskanzler, dem steht es wirklich nicht an, mit dem Finger auf andere zu zeigen.

sten und kritisiert Patrioten

„Verteidiger Europas“ dankt, referiert ein radikaler Tunesier in Wiener VHS

ein Mitbegründer der islamistischen und streng fundamentalistischen Ennahda-Partei Tunesiens begrüßt, deren Gründung von der Islamischen Revolution im Iran beeinflusst war und die der ägyptischen Muslimbruderschaft nahesteht.

Die „Kronen Zeitung“ wollte darüber berichten, ihr Video-Reporter wurde jedoch nach kurzer Zeit des Saals verwiesen. Es handle sich um eine Privatveranstaltung – wohlgehemmt im Festsaal der Volkshochschule in Wien-Donaustadt, deren Präsident der Wiener SPÖ-Stadtrat

Michael Ludwig ist.

Heftige Kritik aus der FPÖ

Der Wiener FPÖ-Nationalratsabgeordnete David Lasar kritisierte gegenüber der „Kronen Zeitung“ überdies, dass Mourou überhaupt ein Visum für die Einreise erhielt, und bereitet in dieser Angelegenheit auch eine parlamentarische Anfrage vor. Immerhin hatte der Generalsekretär der Ennahda-Partei zuletzt auch von einem Kalifat geträumt, das neben Tunesien auch Jerusalem „befreien“ solle.

Während Kanzler Kern zu den islamistischen Umtrieben im Umfeld seiner Wiener Genossen eisern schweigt, nimmt sich ein anderer Sozialdemokrat kein Blatt vor den Mund. Reinhard Fellner, Präsident der SPÖ-nahen „Initiative Soziales Österreich“, tadelt den Genossen Bundeskanzler in einem offenen Brief und zieht einen Vergleich zwischen Kerns Umgang mit der „Palästina-Konferenz“ und mit den „Verteidigern Europas“: „Wo steht eigentlich die SPÖ im Hinblick auf ihre antifaschistisch-rassistische Haltung, wenn sie derartigen Veranstaltungen den Raum bietet und gleichzeitig scheinheilig die Linzer Veranstaltung der ‚Verteidiger Europas‘ mit dem FPÖ-Redner Herbert Kickl kritisiert. Welcher unfassbaren Doppelmoral verdanken wir dies?“ Wer auf einem Auge blind sei, verwerfe jedes moralische Recht, mit dem Finger auf die „Rechte“ Österreichs hinzuzeigen, die „derartige Entgleisungen, wie die der Palästinenser in Wien, mit Recht nicht wagen würden und vermutlich sofort mit ‚Sachverhaltsdarstellungen‘ von ROT/GRÜN eingedeckt würden“, so Fellner weiter. Eine Antwort des Kanzlers darauf liegt nicht vor.



Folge des linken Mobbings gegen den Kongress in Linz: Weihbischof Laun musste seine Rede auf Druck der Kirchenführung absagen.

Foto: Privat



HOHES
HAUS

Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

Am Nationalfeiertag besuchten wieder Tausende das Hohe Haus und durften eine künstlerische Performance bestaunen, die von der Präsidentin angesetzt worden war.

Unter dem Titel „Im Herzen der Demokratie“ konnten Besucher ein schwarzes Kreuz auf eine Wand malen oder einer Rede zur Befreiung des KZ Mauthausen lauschen. Das offizielle Motto der Veranstaltung, Voltaires „Obwohl ich anderer Meinung bin als Sie, würde ich mein Leben dafür geben, dass Sie Ihre Meinung frei aussprechen dürfen“, war vor dem Hintergrund zweier zeitnaher Ereignisse eine überaus gewagte Ansage.

Voltaire rotiert

Zum einen trat dabei die Schauspielerin Katharina Stemberger auf. Jene Dame, die im Mai die Van der Bellen Fans dazu aufgerufen hatte, im Wahlkampf vor Gesetzesbrüchen nicht zurückzuschrecken: „Wir brauchen jede Stimme, wenn wir dieses Rennen für uns entscheiden wollen. Der Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt. Nur nicht kriminell werden, ...also – nicht sehr.“

Zum anderen hat sich SPÖ-Kanzler Christian Kern zum Treffen der „Verteidiger Europas“ in Linz mit jenen linken Kräften solidarisiert, die von der Landesregierung eine Absage der Veranstaltung forderten. „Wir alle sind gefordert (...) aufzustehen, wenn wir sehen, dass gegen Minderheiten und Andersdenkende gehetzt wird“, schrieb er in einer Grußbotschaft an das Bündnis „Linz gegen Rechts“.

Voltaire wird angesichts der linken Selbstgefälligkeit zu seiner Idee von der wahren Toleranz im Grabe rotiert haben.

VERKEHRSPOLITIK

Milliarden für die Bahn

Im neuen Rahmenplan der ÖBB-Infrastruktur AG ist für die Periode 2017 bis 2022 ein Gesamtinvestitionsvolumen (inklusive des 2,5-Milliarden-Euro-Anteils des Brennerbasistunnels) von 15,2 Milliarden Euro vorgesehen. Laut Bericht des Verkehrsministeriums sollen in den Ausbau der Strecke Koralmbahn zwischen Graz und Klagenfurt rund 2,34 Milliarden sowie für die Neubaustrecke Gloggnitz-Mürzzuschlag 1,7 Milliarden Euro fließen.



FPÖ/ÖBB

POLITIKBEREICH

Steuerflucht abstellen

Die Bundesregierung hat dem Nationalrat eine Änderung des bestehenden Doppelbesteuerungsabkommens mit dem Fürstentum Liechtenstein vorgelegt, die den OECD-Standards Rechnung trägt. Die Revision des Abkommens zielt ausdrücklich auf die Verhinderung der „Steuerflucht“ ab.

Pensionistenvertreter für weitere Pensionskürzung?

Almosen für Österreichs Pensionisten, Milliarden für Migranten

FPÖ-Seniorenvertreter Werner Neubauer fordert eine Pensionserhöhung um 1,3 Prozent und die Einführung einer Mindestpension in Höhe von 1.300 Euro.

„Ingrid Korosec und Karl Blecha nennen sich zwar Seniorenvertreter, haben aber in der sonntägigen ORF-„Pressestunde“ das Gegenteil bewiesen“, kritisierte FPÖ-Seniorensprecher Werner Neubauer die beiden „Lautsprecher der rot-schwarzen Bundesregierung“.

Drohender Pensionsverlust

Bei einer 1.000-Euro-Pension kämen von 0,8 Prozent Pensionserhöhung letztlich 5,50 Euro mehr pro Monat beim Pensionisten an. Und die angedachte 100-Euro-Ein-



Pensionisten werden weiterhin mit Pensionskürzungen abgespeist.

malzahlung würde sich nicht auf kommende Pensionsanpassungen auswirken, betonte Neubauer. „Für die Pensionisten, die hart gearbeitet haben, gibt es ein Almosen, aber

für die Migranten zwei Milliarden Euro. Das ist ungerecht“, betonte Neubauer und forderte erneut eine Erhöhung um 1,3 Prozent und eine Mindestpension-Neu.

SPÖ gibt den Konsumentenschutz auf

Der Gewerkschaftsbund (ÖGB) plant per 31. Dezember 2016 seinen Ausstieg als Mitglied im Verein für Konsumenteninformation



FPÖ/NFZ

(VKI). „Das ist die – sich leider abzeichnende – endgültige Bankrotterklärung der Sozialdemokratie in Sachen Konsumentenschutz. Nachdem die SPÖ-Konsumentenschutzminister Rudolf Hundstorfer und Alois Stöger eine ordentliche Dotation des VKI aus den Einnahmen des Kartellgerichts aus Wettbewerbsverfahren seit Jahren verhindern, verabschiedet sich auch der SPÖ-dominierte ÖGB nun gänzlich vom VKI“, kritisierte FPÖ-Konsumentenschutzsprecher Peter Wurm (Bild).

Dass dies gerade in Zeiten von TTIP und CETA passiere, offenba-

re einmal mehr, dass die SPÖ hier ausschließlich mit „gespaltener Zunge“ spreche, betonte Wurm. Aktuell sei damit die SPÖ nur noch über die von ihr beherrschte Arbeiterkammer Mitglied des VKI.

„Was es jetzt braucht, ist eine umgehende gesetzliche Regelung zur Dotation der Konsumentenschützerinstitution aus den Mitteln des zuständigen Sozialministeriums. Entsprechende Initiativen hat die FPÖ bereits mehrfach im Nationalrat eingebracht, die aber von der Koalition unter Federführung der SPÖ immer wieder verhindert wurden“, forderte Wurm.

Ansturm auf Hofer am Nationalfeiertag

Am Tag des „Offenen Parlaments“ drängten alle zum FPÖ-Präsidentschaftskandidaten

Neben zahlreichen Besuchern aus dem Inland nutzten auch viele Touristen den Tag des „Offenen Parlaments“, um den Nationalrat zu erkunden und ihre Abgeordneten zu treffen – und da vor allem den Dritten Nationalratspräsidenten und FPÖ-Präsidentschaftskandidaten Norbert Hofer. Mehr als 10.000 Besucher wur-

den insgesamt im Hohen Haus und im Palais Epstein, in dem die Demokratiewerkstatt des Parlaments zur politischen Bildung für Kinder und Jugendliche untergebracht ist, gezählt. Bis zur verlängerten Öffnungszeit um 17.30 Uhr riss die Warteschlange vor dem Parlament nicht ab.



Am Nationalfeiertag ging ein Bubenraum in Erfüllung: Einmal Aug' in Aug' mit dem Präsidentschaftskandidaten.



Um den Ansturm in Hofers Büro zu bewältigen, sprang FPÖ-Obmann HC Strache als „Empfangscheff“ ein – was den Andrang noch erhöhte.

Offenes Parlament
 mit einer Inszenierung von wenn es soweit ist
 Im Herzen der Demokratie

26. Oktober 2016, 10 bis 17 Uhr
 27. Oktober 2016, 16 bis 22 Uhr



Der Erfolg der Freiheitlichen bei den Jungwählern zeigte sich am Nationalfeiertag anhand der Besucher beim Dritten Nationalratspräsidenten.



Die Anliegen behinderter Menschen liegen Hofer am Herzen, weshalb er sich für diese Besucher besonders viel Zeit zum Gespräch nahm.



Neben den obligatorischen Fotos mit dem Kandidaten gab es auch eine Überraschung für diesen: Ein goldenes Hufeisen als Glücksbringer für die anstehende Präsidentschaftsstichwahl am 4. Dezember.




FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT



Foto: NFF

Harald Vilimsky

CETA: Was wir bisher gelernt haben

CETA ist unterschrieben. Damit das Abkommen endgültig in Kraft treten kann, muss es noch von allen 28 EU-Mitgliedern ratifiziert werden. Was haben wir daraus bisher gelernt?

1. Vorhaben, die die EU-Nomenklatura im Verein mit Konzernen will, werden um jeden Preis durchgesetzt. Wer glaubt, dass die Wallonie nur wegen eines weiteren „Beipackzettels“ ihre Ablehnung aufgegeben hat, glaubt auch ans Christkind.

2. Das Scheindemokraten-Duo aus EU-Parlamentspräsident

Schulz und Kommissionschef Juncker hat mit CETA einmal mehr eindrucksvoll bewiesen, dass ihr eurokratischer Paternalismus zentraler Teil der europäischen Misere ist.

3. Auch wenn es gültige Regeln gibt (in dem Fall die notwendige Zustimmung aller EU-Mitglieder), so gilt, wie schon bei Euro und Massenzuwanderung: Wer die Einhaltung dieser Regeln für normal hält, wird bestenfalls als Populist, schlimmstenfalls als Nationalist verunglimpft. Außer er kommt von Global 2000.

4. SPÖ-Kanzler Christian Kern schaut schon ein paar Monate nach Amtsübernahme verdammt alt aus. Zuerst einen auf CETA-Widerstand machen, die eigenen Parteimitglieder mit einer Befragung dazu necken, dann in Brüssel auch noch im Liegen umfallen. Für seine persönliche Karriere sicher gut. Für uns die Erinnerung: Kern macht nicht nur leere Versprechungen, er hält diese auch.

Erdogans autokratischer Kurs verstört die EU

Die Todesstrafe ist mit einer Mitgliedschaft in der EU unvereinbar, und die Türkei hatte sie 2004 im Hinblick auf die damals noch angestrebte EU-Mitgliedschaft abgeschafft. Am vergangenen Samstag hat der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan angekündigt, das Parlament über die Wiedereinführung der Todesstrafe abstimmen zu lassen. Er sei überzeugt, dass die Abgeordneten für die Todesstrafe stimmen werden. „Und ich werde sie ratifizieren“, versprach Erdogan dazu.

Damit, und mit einer weiteren Verhaftungswelle gegen regimekritische Journalisten, hat Erdogan auch seine eifrigste Unterstützerin in Brüssel, die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, vor den Kopf gestoßen. Nach dem gescheiterten Putschversuch vom Juli sind bereits an 35.000 Menschen inhaftiert worden. Merkel bezeichnete die Entwicklung in der Türkei „alarmierend“ und drohte indirekt mit Auswirkungen auf die EU-Bei-

tragsverhandlungen. Zur jüngsten Verhaftung von 13 Mitarbeitern der Oppositionszeitung „Cumhuriyet“ sagte Merkel: „Wir haben hier sehr große Zweifel, dass das den rechtsstaatlichen Prinzipien entspricht.“

Was er von den Warnungen und den Ratschlägen aus Europa halte, betonte Erdogan in seiner Rede ganz besonders: „Der Westen sagt dies, der Westen sagt jenes. Entschuldigt bitte, aber was der Westen sagt, zählt nicht. Es zählt, was mein Volk sagt.“



Erdogan brüskiert die EU.

Seltsame EU-Entscheidung Strom in Österreich

EU-Energieagentur will den einzig funktionierenden



Wird die Entscheidung der Energieagentur „Acer“ umgesetzt, dann werden wir zahlen müssen. Und das alles nur, weil Brüssel beim Strom ein sehr eigenartiges Vorgehen hat.

Da redet Brüssel dauernd vom Binnenmarkt, und jetzt will die EU-Energieagentur „Acer“ den einzigen bestehenden Strombinnenmarkt zwischen Deutschland und Österreich zerschlagen. Eine folgenschwere Entscheidung für Österreichs Stromkunden: Sie werden für Strom um zehn Prozent oder 300 Millionen Euro pro Jahr mehr bezahlen müssen.

Österreich und Deutschland galten bisher EU-weit als Musterbeispiel dafür, wie es gelingen kann, die Grenzen nationaler Strommärkte aufzubrechen. Bereits im Jahr 2002 haben sich die beiden Länder für einen gemeinsamen Strommarkt und damit für einen einheitlichen Strompreis entschieden.

Ausgerechnet die deutsche Energiewende, also der Ausstieg aus der Atomkraft zugunsten von Wind- und Solarenergie, droht jetzt diesem einzigen Binnenmarkt in Europa den Garaus zumachen.

Folge der Energiewende

In Norddeutschland wird aufgrund der Energiewende jetzt von Windparks sehr viel Ökostrom produziert. Weht von der Nordseeküste eine steife Brise, dann entsteht ein Produktionsüberschuss, der nicht nur zu sinkenden Strompreisen auf dem einheitlichen Strommarkt zwischen Österreich und Deutschland führt. Das Problem aber ist, dass die Stromnetze in Deutschland nicht genug Kapazitäten haben, um die großen Mengen an

Strom direkt vom Norden in den Süden zu transportieren, weshalb das Stromüberangebot auch über Polen und Tschechien nach Österreich fließt. Und diese Stromflüsse belasten die Stromnetze der beiden Länder enorm – bis an den Rand eines Netzzusammenbruchs.

Warschau und Prag setzten sich deshalb vehement für eine Beendi-



Die Stromüberschüsse der deutschen Netze in Polen und Tschechien – weshalb

Entscheidung könnte den Strombinnenmarkt Europas zerschlagen

den Strombinnenmarkt Europas zerschlagen



Österreichs Stromkunden 300 Millionen Euro mehr pro Jahr bezahlen
Verständnis zum Binnenmarkt an den Tag legt.

gung des deutsch-österreichischen Strommarkts ein. Ihr Argument: Eine Marktgrenze würde garantieren, dass die Leitungskapazitäten beschränkt und – durch steigende Preise – somit auch die Netzbelastungen für sie beendet würden.

Entscheid ist nicht bindend

Mit anderen Worten: Die europäische Energieagentur „Acer“ wird mit ihrem Entscheid, der noch in der ersten Novemberhälfte erwartet wird, den Garaus für den Strombinnenmarkt zugunsten nationaler Märkte verkünden. Für FPÖ-Euro-

paabgeordneten Franz Obermayr gibt es einen Lichtblick, den allerdings die österreichische Bundesregierung durchsetzen müsste. „Das Europäische Gericht (EuG) hat festgehalten, dass der Stellungnahme von ‚Acer‘ keine Rechtsverbindlichkeit zukommt“, zeigte Obermayr auf. Er forderte ÖVP-Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner umgehend auf, die Gespräche mit seinem deutschen Amtskollegen Sigmar Gabriel in dieser Angelegenheit zu intensivieren.

Deutschland knickt ein

Denn Deutschland ist offensichtlich bereit, den „Acer“-Entscheid zu akzeptieren. Konkret hat die Bundesnetzagentur die vier Übertragungsnetzbetreiber angewiesen, Maßnahmen zur Umsetzung des Entscheids vorzubereiten, die ab Juli 2018 greifen sollen. Anders sieht das die oberste heimische Energiebehörde, die E-Control: Der gemeinsame Strommarkt der beiden Länder sei „ein Musterbeispiel einer gelungenen Energiemarkt-Integration“.

Angesichts der Umstände rund um die beiden Freihandelsabkommen CETA und TTIP kann man sich über das „Binnenmarkt-Verständnis“ in Brüssel nur noch wundern.



Windparks überfordern die Stromnetze dieser Länder nun geklagt haben.

KURZ UND BÜNDIG



Trump erstmals vor Clinton

Zum ersten Mal seit Mai dieses Jahres liegt Donald Trump (Bild) in einer Umfrage des Senders ABC und der „Washington Post“ zur US-Präsidentenwahl vor seiner demokratischen Widersacherin Hillary Clinton. Der Republikaner liegt nach den am Dienstag veröffentlichten Zahlen mit 46 Prozent einen Prozentpunkt vor der Demokratin. Als Grund für diesen Meinungsumschwung wurde ein abnehmender Enthusiasmus für Clinton vermutet, der sich aus den angekündigten FBI-Veröffentlichung zu neuen E-Mails aus Clintons Umfeld nährt. Hillary Clinton hatte als Außenministerin damals tausende E-Mails über eine private Mail-Adresse verschickt.

Oslo: Restriktive Asylpolitik

Norwegen hat im Vorjahr 35.000 Migranten aufgenommen. Um die rasche Eingliederung der Migranten in das Arbeitsleben zu ermöglichen, ist in Norwegen eine verpflichtende Teilnahme an einem dreijährigen Integrationsprogramm mit einer Bindung an einen fixen Aufenthaltsort vorgesehen. Dies erklärte Ingjerd Schou von der Konservativen Partei (Høyre) vergangene Woche bei einem Besuch norwegischer Abgeordneter im österreichischen Parlament. Norwegens Parteien hätten sich auf eine restriktivere Flüchtlingspolitik geeinigt, was sich auch in der konsequenten Abschiebung abgelehnter Asylwerber zeige.



Imam nach Mordaufruf in der Schweiz verhaftet

Die Zürcher Polizei hat am vergangenen Mittwoch die umstrittene An’Nur-Moschee in Winterthur durchsucht. Dabei wurden vier Personen aus dem Umfeld der Moschee verhaftet. Die Staatsanwaltschaft hat bereits ein Strafverfahren gegen die vier Personen eingeleitet. Sie wirft ihnen öffentliche Aufforderung zu Verbrechen und Gewalt vor.

Hintergrund der Polizeiaktion war eine öffentliche Predigt, die ein äthiopischer Imam in der An’Nur-Moschee gehalten hat. Darin rief er zum Mord an denjenigen Muslimen auf, die sich weigern, an den gemeinsamen Gebeten in der Moschee teilzunehmen. Zudem soll er die Anwesenden aufgefordert haben, diese Muslime zu denunzieren.

Die Moschee in Winterthur ist bereits mehrmals durch radikale Prediger aufgefallen. Bei dem nun verhafteten Imam handelt es sich um den Äthiopier Shaikh Abdurrahman. Er ist der Nachfolger von Shaikh Wail, der ebenfalls

wegen seiner umstrittenen Predigten in die Medien für Schlagzeilen gesorgt hatte. Der Ägypter wurde – laut den Verantwortlichen der Moschee – aus Kostengründen abgesetzt.

Letztlich dürften es aber Vorwürfe wegen mutmaßlicher Radikalisierung von Jugendlichen gewesen sein. Mehrere Jugendliche, die in der An’Nur-Moschee verkehrten, waren nach Syrien gereist und hatten sich der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) angeschlossen.



Die in Verruf geratene Moschee.

TERMINE

NOVEMBER
7 Stadlau-Stammtisch der FPÖ Donaustadt

Die FPÖ Donaustadt lädt am Montag, dem 7. November 2016, zu ihrem „Bezirksteilstammtisch“ in der Stadlau ins Gasthaus Selitsch (Konstanziagasse 17, 1200 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

NOVEMBER
9 Stammtisch der FPÖ Ottakring

Die FPÖ-Bezirksorganisation Ottakring lädt am Mittwoch, dem 9. November 2016, zum Stammtisch in der „Ottakringer Stub'n“ (Ottakringer Straße 152, 1160 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

NOVEMBER
9 Stammtisch in Kaisermühlen

Die FPÖ Donaustadt lädt am Mittwoch, dem 9. November 2016, zu ihrem „Bezirksteilstammtisch“ in Kaisermühlen zum „Vorstadtwirt“ (Schüttaustraße 64, 1200 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

NOVEMBER
10 Stammtisch in Hirschstetten

Die FPÖ Donaustadt lädt am Mittwoch, dem 9. November 2016, zu ihrem „Bezirksteilstammtisch“ in Hirschstetten ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstetterstrasse 83, 1200 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

NOVEMBER
14 Kulturnachmittag FPÖ Rudolfsheim

Die FPÖ-Bezirksorganisation Rudolfsheim-Fünfhaus lädt am Montag, dem 14. November 2016, zu ihrem Kulturnachmittag in ihr Bezirksparteilokal (Reindorfgrasse 7, 1150 Wien). Beginn: 15.00 Uhr.

NOVEMBER
15 Seniorenstammtisch der FPÖ Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Dienstag, dem 15. November 2016, zu ihrem „Seniorenstammtisch“ ins Gasthaus „Auszeitüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Referentin ist die Bezirksvorsteherstellvertreterin Katharina Krammer. Beginn: 15.00 Uhr.

LESER AM WORT


Schwachstellen

Bedrohungen für Österreich sehe ich jedenfalls, wenn unsere Regenten nur mehr brüsselhörig sind, ganz ohne Rücksicht, dass dabei immer mehr gegen die eigene Bevölkerung gehandelt wird. Das Bundesheer wurde Jahrzehnte finanziell ausgehungert, um es dann ganz zu entsorgen und unzählige Polizeiposten wurden zugesperrt. Dies sind Fakten, die unsere Sicherheit massiv betreffen. All diese „Schwachstellen“ mitten in Europa sind längst global verbreitet, und werden auch weidlich für dunkle Machenschaften ausgenutzt. Dass Fantasten an Machtthronen sitzen und mit unserer Sicherheit gespielt haben, sehe ich als Bedrohung sowohl von Österreich, als auch von Europa.

Karl Blumauer, Krieglachs


Wendehals

Van der Bellen gehört geehrt – als größter Wendehals aller Zeiten. Er wirft alle seine vorherigen An-

kündigungen über Bord und liebt jetzt sogar seine Heimat. Plötzlich besucht er – als großer Gegner des Militärs – Militärparaden oder Flugveranstaltungen und gaukelt dort Interesse vor. Den Vogel aber schießt er jetzt ab, indem er beginnt, CETA zu kritisieren. Jetzt bauen wir wieder – wie beim Vertrag von Lissabon – auf die Verweigerung der Unterschrift durch den Bundespräsidenten. Er wird einen kritischen Eindruck erwecken, unterschreibt aber dann doch – wegen „höherer Interessen“. Das sind die Interessen der Konzerne und ihrer Wasserträger, die unsere Heimat verkaufen und verraten.

Stephan Pestitschek, Strasshof

Peinliche Versager

Hurra, es ist geschafft, CETA ist endlich in trockenen Tüchern! Da können sich die europäischen Anti-Volksvertreter wieder selbst feiern und die Champagnerkorken knallen lassen. Die ersten Staaten, darunter auch Österreich, fordern gleich einen Neustart in Sachen TTIP. Erdogan gibt sich mal wieder von seiner gewohnt diktatorischen Seite, lässt das Parlament über die Todesstrafe abstimmen. Natürlich gibt es noch keine Töne aus Europa dazu. Die Auswirkungen der Flüchtlingskrise brodeln natürlich auch munter weiter. Alles ein Beweis dafür, dass man in Europa immer noch nicht begriffen hat,

dass es ohne einen funktionierenden Grenzschutz keine offenen Binnengrenzen geben kann. Ergänzt man all diesen Irrwitz noch mit der Schulden- oder Wirtschaftskrise, findet man sich im europäischen Chaos von heute wieder.

Stefan Scharl, Klosterneuburg


Wer trägt die Konsequenzen?

Demokratiepolitisch stellt das Freihandelsabkommen CETA eine weitere Ohrfeige für den Bürger dar. Aber die bürgerfeindliche Politik der EU zeigt sich ja hier nicht zum ersten Mal. Wenn Kanzler Kern von der SPÖ meint, die Regierung habe die Konsequenzen ihrer Entscheidungen zu tragen, so ist das blanker Hohn dem Wähler gegenüber. Die Folgen der verfahrenen Regierungspolitik treffen nämlich die Bürger, und niemanden sonst – und wir werden nicht einmal gefragt!

Siegfried Pichl, Linz

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
 Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
 Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
 E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,-
 Jahrespreis € 30,-
 Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,-
 Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
 Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
 (Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
 (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



FPÖ gegen eine Anhebung der Mindestsicherung

Wirtschaft ankurbeln und Gebühren senken statt Ausgabenerhöhung

Solange die Mindestsicherung in dieser Höhe in Wien auch an Nicht-Österreicher ausgezahlt werde, sei jede Diskussion über eine Erhöhung obsolet, erklärte der freiheitliche Vizebürgermeister Johann Gudenus zu dem Vorstoß der Wiener Grünen.

Schon jetzt sei die Mindestsicherung ein Magnet für anerkannte Asylwerber und sonstige Aufenthaltsberechtigte, in die Bundeshauptstadt zu kommen und sich hier in die „soziale Hängematte“ zu legen, kritisierte Gudenus: „Zahlreiche Experten-Meinungen sowie Erkenntnisse des Wiener AMS haben bereits bestätigt, dass der Großteil der zugewanderten Wirtschaftsfüchtlinge am Arbeitsmarkt nicht unterkommen wird.“

Das bedeute dann für die Steuerzahler: Wer einmal im Mindestsicherungssystem sei, der werde vermutlich ein Leben lang durch-



Mehr Arbeitsplätze für Junge statt höherer Mindestsicherung.

gefüttert werden müssen. „Dem muss man eine klare Absage erteilen“, betonte Gudenus und forderte eine Streichung der Mindestsicherung für Nicht-Österreicher.

Mehr Jobs und weniger Steuern

Auch der dramatische Anstieg an heimischen Mindestsicherungsbeziehern müsste bei der rot-grünen Stadtregierung die Alarmglocken schrillen lassen. Vor allem die

Tatsache, dass immer mehr junge Menschen Mindestsicherung beziehen müssten, um überleben zu können, zeige, dass Rot-Grün in den vergangenen Jahren den komplett falschen Weg eingeschlagen habe, sagte Gudenus und forderte: „Die Wirtschaft muss angekurbelt werden und die Gebühren gehören gesenkt. Zudem muss der soziale Wohnbau ausgebaut werden, um leistbaren Wohnraum zu schaffen.“

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Das Recht geht vom Volke aus. Eh klar, das sagt fast jeder, und der HC Strache hat's auch gesagt.

Anders sieht das ein gewisser Herr Van der Bellen. Der mutet sich, man hört's und sieht's, so was von Unfehlbarkeit zu, und drum geht das Recht von ihm aus.

Mist

Die Maria von Schmedes hat einst gesungen: „Zwischen Simmering und Favoriten liegt a Mistgruam in der Mitt'n“.

Heutzutage und besonders jetzt vor der Bundespräsidentenwahl gibt's in der ganzen Stadt Mistgruben, und sie schau'n zwar fürs erste nicht so aus, haben aber allemal mehr Dreck in sich als die besungene. Der modernen Zeit gemäß wird die Umwelt auch mit akustischem Mist vollgeschüttet, man hört und staunt, aber es gibt kein Gesetz dagegen.

Allen Ernstes etwa fordert der zitierte Herr den Norbert Hofer auf, sich von seinem Parteiohmann zu distanzieren. Das muss man erst auf der Zunge oder im Ohr zergehen lassen.

Na ja, wenn man unfehlbar ist, wenn man sich für den Nabel der Welt oder zumindest Österreichs hält, wenn man schon jetzt verkündet, welche Regierung man angeloben werde oder nicht, so man gewählt wird, entschlüpft einem schon solch ein Müll.

Aber Vorsicht: Nicht jeder Mist ist Dünger...

Martiniqansl-Essen

**RING FREIHEITLICHER JUGEND
LANDESGRUPPE WIEN**

Freitag, 11. November

19:00 Uhr

Restaurant Himmelpforte
Himmelpfortgasse 24
1010 Wien

***** € 15,00 *** (Gansl-Menü inkl. Vor-, Haupt- und Nachspeise)**

Anmeldung UNBEDINGT erforderlich unter christian.schuch@fpoe.at

Mit Dominik Nepp
und
Maximilian Krauss

NIEDERÖSTERREICH **Schächten? Nein danke!**

„Die Schächtung von Tieren ist eine grausame Todesfolter“, erklärt der freiheitliche Tierschutzsprecher Udo Landbauer. Das illegale Schächten geschehe stets unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit, die die eingewanderten Moslems in unserem Land ausleben. „Diese barbarische Art der Tötung hat in unserer Gesellschaft nichts verloren“, so Landbauer. Mit der Kampagne „Schächten? NEIN DANKE!“ sagen die Freiheitlichen der grausamen Folter den Kampf an und sammeln niederösterreichweit Unterschriften.

BURGENLAND **Neues FPÖ-Team**

Im Oktober wurde in der „Alten Mühle“ die FPÖ-Ortsgruppe Stoob/Neutal gegründet. Als Obmann wurde



Michael Raml Martin Perl aus Stoob und als Obmann-Stellvertreter wurde Markus Halbauer aus Neutal einstimmig gewählt. „Wir wollen aktiv und für die Gemeinden arbeiten und uns für die Anliegen der Bürger einsetzen“, so Perl.

KÄRNTEN **Steuergeldmissbrauch**

Die Zustimmung zum Ausschöpfen der erhöhten Kostenhöchstgrenzen des Bundes in der Grundversorgung von Asylwerbern sowie deren gesetzliche Verankerung durch den Kärntner Landtag haben die Freiheitlichen verweigert. Konkret wurde durch den Beschluss der Kärntner Regierungskoalition von SPÖ, ÖVP und Grünen die Erhöhung des Kostentagesatzes für unbegleitete minderjährige Asylwerber von 77 auf 95 Euro angehoben – und das rückwirkend per 1. Jänner 2016. „Dass mit so lockerer Hand mit Kärntens Steuergeld umgegangen wird, konnten wir nicht mittragen“, erklärt der Klubobmann der Freiheitlichen in Kärnten, Christian Leyrouz. Dass die Nutznießer der Tagsatzerhöhung auch die im SPÖ-Eigentum befindlichen „Kinderfreunde“ seien, habe mehr als nur eine schiefe Optik.

Innenministerium will noch mehr Asylanten nach Wels schicken

Die FPÖ bringt Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht ein

Das Innenministerium will noch mehr Asylanten in Wels: Die ehemalige Landesfrauenklinik soll nun zu einem neuen Asylquartier werden.

Auf Anordnung des Innenministeriums soll die ehemalige Landesfrauenklinik in Wels zum Asylquartier werden. Der Grund: Oberösterreich habe im September die vorgesehene Quote für Asylplätze nur zu 97 Prozent erfüllt. Auch die Stadt Wels erfülle derzeit ihre Quote von 1,5 Prozent nicht.

FPÖ bringt Beschwerde ein

Im neuen Asylquartier dürfen maximal 450 Personen untergebracht werden, das Ministerium spricht aktuell von etwa 100 Asylwerbern. Zudem soll eine Registrierungsstelle für Asylangelegenheiten installiert werden, wo ebenfalls 100 Asylwerber vorgesehen sind. Die FPÖ protestiert gegen

OBERÖSTERREICH 

Bürgermeister Andreas Rabl lehnt weiteres Asylquartier in Wels ab.

gen die geplanten Einrichtungen und will Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht einbringen. „Landesrat Rudi Anschober hat mitgeteilt, dass das Land die Quote derzeit um 99 Prozent erfüllt und 904 Unterbringungsplätze frei

stehen. Warum wird jetzt ein derartiger Bescheid erlassen, obwohl ausreichend Unterbringungsplätzen vorhanden sind? Die zwei geplanten Asyleinrichtungen sind daher strikt abzulehnen“, kritisiert FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl.

VORARLBERG

Aufwertung der Lehre

Viele Unternehmen in Österreich klagen seit Jahren über fehlende Facharbeiter. Die Lehre leidet heutzutage unter einem starken Imageverlust, der sich negativ auf die Lehrlingszahlen sowie auf die Anzahl der Fachkräfte auswirkt. Ein Grund für den Imageverlust stellt auch die finanzielle Benach-



Die FPÖ setzt Initiativen, um die Lehre in Österreich aufzuwerten.

teiligung von Lehrlingen gegenüber Schülern und Studenten dar.

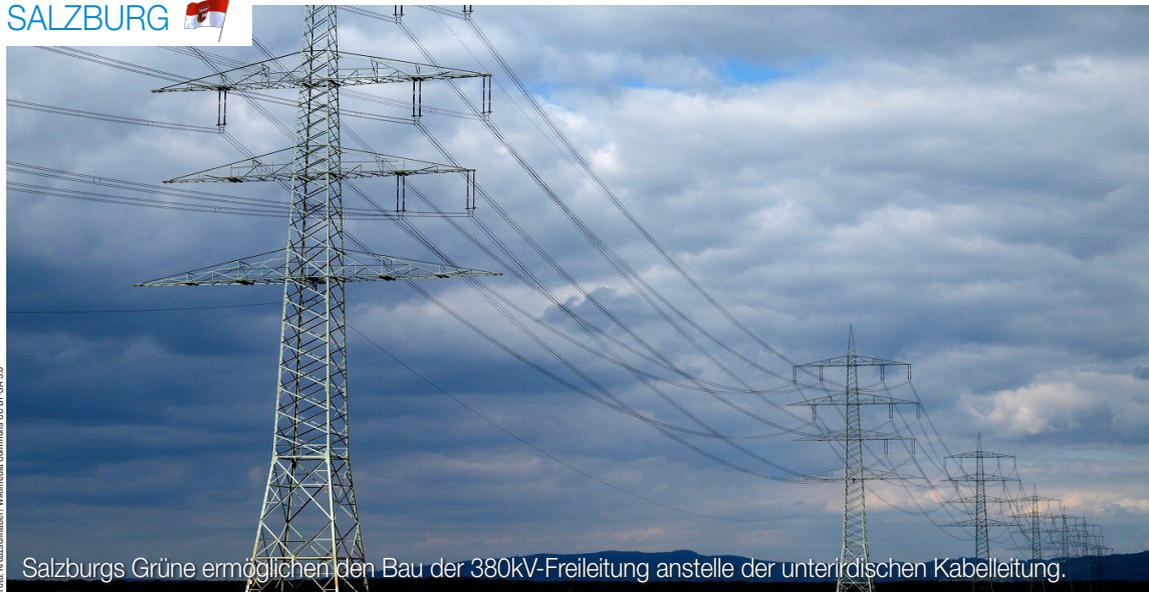
Die Vorarlberger Freiheitlichen setzen immer wieder Initiativen, um die Lehre aufzuwerten. Unter dem Titel „Facharbeitermangel nachhaltig bekämpfen – Bildungszuschuss für Meister-, Befähigungs- und Lehrabschlussprüfungen verdoppeln“ machen sich FPÖ-Jugendsprecher Christof Bitschi, Wirtschaftssprecher Hubert Kinz und Klubobmann Daniel Allgäuer erneut für die Lehre stark und haben dazu einen entsprechenden Antrag im Landtag eingebracht.

„Fakt ist, dass der Wirtschaftsstandort Vorarlberg auf Dauer nur mit gut ausgebildeten Fachkräften aufrechtzuerhalten sein wird. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, den Bildungszuschuss für Kurs- und Prüfungsgebühren für Meister-, Befähigungs- und Lehrabschlussprüfungen zu verdoppeln“, betonte FPÖ-Jugendsprecher Christof Bitschi.

STEIERMARKE 

Volle Auszahlung des Pflegegeldes

Bei erheblich behinderten Kindern erhöht sich die Familienbeihilfe um 152,90 Euro pro Monat, das Pflegegeld wird jedoch um 60 Euro gekürzt. Dies ist auf eine Anrechnungsvorschrift im Bundespflegegeldgesetz zurückzuführen. Deshalb bringt die FPÖ im nächsten steirischen Landtagsausschuss einen Antrag ein, damit die Familienbeihilfe in diesem Fall nicht mehr auf das Pflegegeld angerechnet wird. „Die Familien kämpfen oft mit hohen Pflegekosten, deshalb gehört diese unsoziale Regelung umgehend aufgehoben“, so FPÖ-Landtagsabgeordneter Christian Cramer.

SALZBURG 

Salzburgs Grüne ermöglichen den Bau der 380kV-Freileitung anstelle der unterirdischen Kabelleitung.

Grüne stehen ab jetzt für die Käuflichkeit der Natur!

Salzburgs Grüne verkaufen ihre Wähler, den Naturschutz und ihre Ideale

Um weiter an der Macht zu bleiben, verärgern die Grünen den schwarzen Regierungspartner ÖVP lieber nicht. Die Rechnung wird ihnen 2018 präsentiert werden.

Die Salzburger Freiheitlichen kritisieren das Mitte Oktober im Landtag von ÖVP, Grünen und dem „Rest-Team-Stronach“ beschlossene Naturschutzgesetz. „Dass finanzielle Ersatzleistungen massive Eingriffe in die Natur rechtfertigen sollen, ist zwar der triftigste, aber nur ein Aspekt

des umstrittenen neuen Gesetzes“, kritisierte FPÖ-Landesparteiobfrau Marlene Svazek.

Sie hob hervor, dass trotz heftiger Kritik des Naturschutzbundes und vieler Bürgermeister das Gesetz mit den Stimmen der Grünen durchgesetzt wurde. Dabei geht es in erster Linie um die umstrittene 380kV-Freileitung, die zwischen dem Umspannwerk in St. Peter am Hart in Oberösterreich und dem Umspannwerk Tauern im Bundesland Salzburg mit einer Gesamtlänge von 174 Kilometern Länge geplant ist. Diese ist ein Teil des

österreichischen 380-kV-Hochspannungsringes in Österreich.

„Dieses Gesetz leistet vornehmlich Schützenhilfe für diese umstrittene 380kV-Freileitung. Alle Ansätze, die diese ‚Stromautobahn‘ noch verhindern könnten, werden künftig ausgehebelt, weil die monetäre Abgleichung den Naturschutz in seiner Wertigkeit degradiert“, erklärte Svazek. Zudem sei die europäische „Aarhus-Konvention“ mit ihren drei Säulen des Zugangs der Öffentlichkeit zu Informationen über die Umwelt, der Beteiligung der Öffentlichkeit und dem Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten nicht berücksichtigt worden.

Grüne verkaufen Umwelt

Dass die Gesetzesänderung auf laufende Verfahren – etwa auch die 380kV-Freileitung – angewandt werden kann, offenbare die wahre Motivation dahinter. Die Grünen verkaufen damit ihre Wähler, die sie als ehemalige Umweltpartei in die Regierung gewählt haben, den Naturschutz und ihre Ideale. „Naturschutz ist für unsere künftigen Generationen zu wichtig, um ihn auf dem Altar fragwürdiger wirtschaftlicher Interessen zu opfern. Die Grünen sollten sich daher nie mehr wieder als Umweltpartei bezeichnen!“, betonte Svazek.



Andreas Hochwimmer
FPÖ-Landespartei sekretär Salzburg

Karl Schnells FPS stellte sich niemals einer Wahl, kassierte aber trotzdem jährlich knapp 740.000 Euro an Parteienförderung. Dies erfolgte entgegen dem eindeutigen Wortlaut des Gesetzes, welches den Anspruch auf Parteienförderung ausschließlich von der Anzahl der bei der letzten Landtagswahl erzielten Mandate – die FPÖ erzielte damals sechs Mandate – abhängig macht.

Es gibt nur eine FPÖ

Die FPÖ hatte gegen den rechtswidrigen Bescheid der Landesregierung beim Landesverwaltungsgericht Beschwerde erhoben und war damit überraschend abgeblitzt. Der Verfassungsgerichtshof hob das Erkenntnis jedoch auf und übte vernichtende Kritik, dass das Gericht die Rechtslage gehäuft grundlegend verkannt und sohin mit „Willkür“ gehandelt habe.

Bereits der unnachvollziehbare Förderungsbescheid der Landesregierung erweckte zumindest den Eindruck, dass es sich dabei um ein politisches Auftragswerk gehandelt haben könnte, um der in der Wählergunst stetig steigenden FPÖ finanziell zu schaden. Als Ergebnis der Entscheidung des VfGH bleibt, dass die Salzburger FPÖ die ihr von der Landesregierung rechtswidrig abgesprochene Parteienförderung rückwirkend und auch hinkünftig so, wie es das Gesetz vorsieht, wieder in voller Höhe erhält.

Wenn die FPS, die ihren politischen Schwerpunkt ja auf das Moralisieren legt, ein wenig Anstand besitzt, müsste sie die ihr zu Unrecht zugesprochene Parteienförderung zur Gänze zurückerzahlen. Davon ist bei diesen Herrschaften freilich nicht auszugehen...

Blaue Nacht 2016

Große Tombola!

DISCO für Jung & Alt

Vorverkauf: € 10,-
Abendkasse: € 13,-

Ball der FPÖ

Für gute Unterhaltung sorgen;

Am Samstag, dem 12. November 2016
Kultur- und Kongresshaus am Dom
St. Johann im Pongau
Beginn 20.00 Uhr - Einlass ab 19.00 Uhr

Ehrenschutz: **HG STRACHE**, Bundesparteiobmann
Marlene Svazek, Landesparteiobfrau

Rauleder

GEZWITSCHER



Pilgram Marpeck

@pilgrammarpeck



Normalos sind denen scheiß-egal. Las gestern: #Kanzler #Kern #SPÖ ist mit 148km/h durch ne Baustelle gebrettert wo 80 galt. Konsequenzen KEINE.

30.10.16 14:19

Kanzler im Geschwindigkeitsrausch offenbart sein Gerechtigkeitsverständnis: Er will die Hälfte der Strafe für seinen Fahrer zahlen!

Michael Landau

@mlcaritas



Klare Worte aus dem Innenministerium: „Sozialtourismus nach Österreich ein ‚Nichtproblem‘“ - DiePresse.com

30.10.16 05:32

Autsch, Herr Landau. Der Artikel aus „Die Presse“ stammt aus 2013. Seither ist aber die Ausländerarbeitslosigkeit geradezu explodiert.

WHATSAPP



GEFÄLLT MIR



HC Strache

01.11.2016

Klare Haltung in Australien - ganz anders als die Unentschlossenheit in Europa



„Die Tür ist zu“: Australien will lebenslanges Einreiseverbot für Flüchtlinge

4.135 Personen gefällt das.

Seit dem Start ihrer Aktion „No way!“ sind vor der Küste Australiens keine Flüchtlinge mehr ertrunken – weil es keine Chance mehr für eine illegale Einreise gibt.

Der ORF verliert auch im Oktober Marktanteile an die Privatsender

Nicht einmal mehr ein Drittel der Österreicher sieht den Staatsfunk

Das Programm des staatlichen Rundfunks verliert weiter an Attraktivität. Das zeigt auch die Erhebung der Marktanteile vom vergangenen Oktober.

ORF 1 und ORF 2 kamen demnach nicht einmal auf einen Marktanteil von einem Drittel. Nur mehr 30,6 Prozent waren es diesen Oktober, nach 33,3 Prozent im Vergleichsmonat des Vorjahres. Die Gesamtsendergruppe (inklusive ORF III und ORF Sport) schaffte 33,1 Prozent – ein Minus von 2,3 Prozent gegenüber 2015.

Nachrichten retten ORF 2

Vor allem das Unterhaltungsprogramm auf ORF 1 verliert an Zuschauer. Mit rund 1,9 Millionen Zuschauern täglich kam der Sender



Immer weniger Österreicher sehen ORF-Sendungen.

auf 9,4 Prozent Marktanteil. Hingegen lockte ORF 2 mit den Nachrichtensendungen rund 2,8 Millionen Seher vor den Bildschirm und erreichte damit einen Marktanteil von 21,2 Prozent der Altersgruppe „12plus“. Die meistgesehenen Sendungen im Oktober 2016 waren „Bundesland heute“ vom 17. Oktober und die „Zeit im Bild“ am glei-

chen Tag – vor dem WM-Qualifikationsspiel Serbien gegen Österreich. Bei den Privaten liegt „Puls 4“ mit 2,9 Prozent Marktanteil vor „ATV“ mit 2,6 Prozent und „Servus TV“ mit zwei Prozent, womit der Sender mit 0,3 Prozentpunkte am stärksten zulegte. Das neue „oe24-TV“ mußte sich im ersten Monat mit 0,1 Prozent bescheiden.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Der Wahlkampf zur Stichwahl um das Bundespräsidentenamt geht in die heiße Phase. Die Zeitung „Österreich“ und der dazugehörige Sender „oe24-TV“ lassen deshalb einmal nicht den Kandidaten sondern den grünen „Kampag-

nenleiter“ Lothar Lockl und den „FPÖ-Strategen“ Herbert Kickl zu Wort kommen. Während Lockl Kickl attackiert, erläutert dieser die Wahlslogans des FPÖ-Kandidaten Norbert Hofer. Der „Kurier“ widmete sich hingegen der Ursache für die



Stichwahl am 4. Dezember, der Wahlaufhebung durch den VfGH. In einem Artikel mokiert sich die Zeitung darüber, dass die FPÖ jene Wahlbeisitzerin, die die Ungereimtheiten in Villach zu Tage gefördert hat, jetzt im Parlament mit der „Franz-Dinghofer-Medaille“ für ihren Dienst an der Demokratie geehrt wird.

FPÖ TV

Top-Themen der Woche im FPÖ-TV-Magazin:

- Norbert Hofers Unterstützer sind die Menschen
- Van der Bellens fragwürdige Haltung zum Heer
- EU-Beitritt der Türkei vor dem aus?



Lisa Ullmann



Hofübergabe am Ortsparteitag in Rainbach

Mitte Oktober fand der ordentliche Ortsparteitag der Innviertler FPÖ-Ortsgruppe Rainbach im bis auf den letzten Platz gefüllten Gasthof Ebner statt. Der langjährige Ortsparteiobmann, Bürgermeister Gerhard Harant, eröffnete die Sitzung mit einem Resümee über die letzten 25 Jahre der politischen Arbeit in Rainbach.

„Es war nicht immer einfach, aber dank der Unterstützung vieler Wegbegleiter haben wir in Rainbach durch kontinuierliche Arbeit einen guten Weg beschritten,“ so Bürgermeister Harant.

Sein Nachfolger Franz Bauer, der seit 2015 Gemeindevorstand in Rainbach ist, wurde einstimmig in sein neues Amt gewählt.



Bezirksparteiobmann Hermann Brückl, Franz Bauer, Bürgermeister Gerhard Harant und Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner (v.l.).



Der neue RFJ-Landeschef Konstantin Langhans (3.v.l.) und die Führungsmannschaft der freiheitlichen Jugend des Burgenlands.

Ein neuer Landesobmann beim RFJ Burgenland

Anfang Oktober wurde am 5. Landesjugendtag des RFJ Burgenland Konstantin Langhans einstimmig zum neuen Obmann gewählt, da sein Vorgänger Werner Wassicek nicht mehr kandidierte. Zu seinen Stellvertretern wurden Fabian Hauk und Sabine Wassicek gekürt. Der Sitzung wohnten zahlreiche Ehrengäste bei, darunter auch Lan-

desparteioobmann Johann Tschürtz, Landesrat Alexander Petschnig, Klubobmann Géza Molnár und die stellvertretende Bundesobfrau des RFJ, Nicole Di Bernardo. „Ich freue mich über das großartige Vertrauen und bedanke mich bei allen Delegierten. Ich verspreche euch, den erfolgreichen Kurs beizubehalten“, erklärte der neue RFJ-Chef.

Einladung zum Bürgertreffen mit dem Kärntner FPÖ-Landesobmann

FPÖ-Ortsgruppe Hohenau

Vortragender:
 LR Mag. Gernot DARMANN
 Landesparteiobmann FPÖ-Kärnten

Freitag, 11.11.2016
Beginn: 19.00 Uhr
Buschenschank Nossian
 2273 Hohenau, Adamstal

Unsere Kraft für unser Land!

kulturring22.at

Erster Donaustädter Herbstreigen

Sa., 5. November 2016
ab 19 Uhr

Friedls Bierhaus Lindenhof
 Breitenleerstr. 256, 1220 Wien

Eintritt frei!

Musik, Tanz, Kabarett, Unterhaltung

Tischreservierung unter Tel. 01 / 734 36 37 - GH Lindenhof
 oder unter info@kulturring22.at

facebook.com/kulturring22



FPÖ
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Marlene Svazek
Landesparteiobfrau

**Weil es um Salzburg geht:
Mehr G'fühl
für unsere Leut'**

ÜBERLEGT. ENTSCLOSSEN. ANDERS.

www.fpoe-salzburg.at · [f /MarleneSvazek](https://www.facebook.com/MarleneSvazek)



Einladung
VORTRAG
der Islam-Expertin
Laila Mirzo

Der Islam:
friedliche Religion oder gefährliche Ideologie

Montag, 14. November
19:30 Uhr • Laakirchen
Im Kulturzentrum ALFA
Museumsplatz 1, Steyrermühl

Freier Eintritt

FPÖ DIE FREIHEITLICHEN LAAKIRCHEN
gemeinsam mit dem Kulturreferat Bezirk Gmunden
und Bezirk Vöcklabruck

+++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++



Österreich zuerst - 60 Jahre FPÖ 1956 - 2016

In dieser Publikation blicken wir zurück auf die sechzigjährige Geschichte einer Partei und die bald zweihundertjährige einer Gesinnungsgemeinschaft. Dieser Rückblick auf 60 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs beginnt im Hier und Heute und arbeitet sich zurück in die Vergangenheit.

Zuerst blicken wir auf die „Ära Strache“, die ein gutes Jahrzehnt von 2005 bis 2016 umfasst. Dann ist da die Zeit der Regierungskoalition mit der Volkspartei von 2000 bis 2006, die wir als zweites betrachten. Als drittes vergegenwärtigen wir uns die Ära des Aufstieges der FPÖ unter Jörg Haider von 1986 bis zum Jahre 2000. Danach als viertes Kapitel die Regierungszusammenarbeit mit der Sozialdemokratie unter Norbert Steger. Und schließlich im fünften Kapitel die Gründung und die Einfügung der FPÖ in das politische System der Zweiten Republik zwischen 1956 und 1989. Zu guter Letzt skizzieren wir noch den historischen Weg des national-freiheitlichen Lagers von seinen Anfängen der Habsburger Monarchie, über die schwierigen Jahre der Ersten Republik bis hin zur Gründung der FPÖ.

GRATIS zu beziehen über das FPÖ-Bildungsinstitut:

Friedrich Schmidt Platz 4, 1080 Wien

Telefonisch unter 01/512 35 35-36 oder per Mail: bildungsinstitut@fpoe.at

Mit Ihrer Bestellung erklären Sie sich einverstanden, künftig über Aktivitäten und Neuerscheinungen der FPÖ und des FPÖ-Bildungsinstitutes informiert zu werden.

FPÖ
BILDUNGSINSTITUT